

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 58.

Halle, Freitag, den 14. März 1919.

3. Jahrgang.

Demokratie oder System Kilian?

Am kommenden Sonntag finden in Halle die Wahlen zum Arbeiterrat statt. Die Unabhängigen haben diese Wahl scheinbar nicht für notwendig gehalten, sie waren mit der bisherigen Zusammensetzung des Arbeiterrates voll und ganz zufrieden (!) und haben ergötzt, als wir auf Grund der Richtlinien des Zentralrates eine Neuwahl forderten. Nun geht die ganze Geschichte etwas Hals über Kopf, in großer Eile müssen die technischen Vorbereitungen für die Wahl vorgenommen werden und es fehlt da und dort noch an der nötigen Aufklärung. In der „Zeit der Wahlen“, wo in kurzen Zwischenräumen eine Wahl der anderen folgt, erübrigt sich schon mal eine längere Wahlarbeit, denn das ganze Volk ist in einer

hohen politischen Aufregung, es ist geradezu gezwungen, fortgesetzt die Fär und Wider zu ermahnen.

Größte Bedeutung hatten die Wahlen zur Nationalversammlung, zur Preußenwahl, zum Stadtparlament, aber nicht geringere Bedeutung gerade für die arbeitende Bevölkerung hat die nun bevorstehende

Neuwahl zum Arbeiterrat.

Wohl wird dieser Arbeiterrat kein dauerndes Leben haben und wird als Provisorium nur solange amtiert, bis das Rätesystem endgültig in dem Sinne, wie es die Regierung zugeht hat, in die Verfassung eingebettet ist und die Wahlen der Betriebsräte und Arbeiterkammern auf der gesetzlich vorgeschriebenen Grundlage vorgenommen werden. Trotzdem aber ist aus der Zusammensetzung dieses Arbeiterrates äußerst wichtig, denn erstmalig wird er auch in dieser Übergangszeit wichtige wirtschaftliche Funktionen zu erledigen haben und als die Vertretung der hallischen meißnischen Bevölkerung angesehen werden, dessen Stellung im öffentlichen Leben nicht unbedeutend stehen wird, und dann vor allem wird er Delegierte zum Nationalkongress am 8. April entsenden, auf dem zweifellos über Lebensfragen des deutschen Volkes verhandelt werden wird. Ein hartes Drängen geht danach,

Deutschland zur Rätereinheit

nach russischem Muster zu machen, und die Entscheidung des Nationalkongresses wird von großem Einfluss auf die Entwicklung dieser Dinge sein. Die Spartakisten und Kommunisten und die mit ihnen verschwägerten Unabhängigen wollen den Nationalkongress mit dazu benutzen, die Einführung in Deutschland in Bahnen zu lenken, die unbedingt ins Verderben führen.

Das würde Stürzen der Kommunisten und ihrer unabhängigen Brüder gegen alles, was im Wirtschaftsbereich noch hell und lebendig ist, übersteigert alles, was die gesunde Vernunft für möglich hält. Sie mögen das politische Streben des Volkes nach wahrer Demokratie mit Fäulen treten — das ist ihre eigene Angelegenheit, und wir werden uns mit ihnen, Wort um Wort, auseinandersetzen.

Ihr Ideal ist die Diktatur ihrer Minderheit.

Sie wollen wieder anrichten, was die Revolution hinweggefegt hat: die Herrschaft von wenigen über die Mehrheit. Darüber läßt sich debattieren, und im Kampf der Geister müssen sie die Kürzeren ziehen, denn was sie wollen, ist politisch unvernünftig und widerspricht dem Geist der Zeit. Doch das könnte ihnen verzeihen werden. Daß sie nun aber ihren Minderheitswillen wie irrsinnige Sturmhaufenbringer mit roherer Gewalt und gegen alles, was lebensnotwendige Ordnung ist, durchzusetzen wollen, das Wirtschaftsbereich in Trümmer schlagen, Tod, Elend und alle Orakel des Bürgerkrieges heraufbeschwören, das stellt sie an den Schandpfahl der Geschichte!

Der Generalstreik

Ist in lebhafter Erinnerung Aller, die wissen die er geschlagen, Ulken noch und gerade bei der bevorstehenden Arbeiterratswahl mögen die Arbeiter und Arbeiterinnen bedenken, daß sie Vertreter wählen, die keine egoistischen Parteizwecke verfolgen, sondern auf Demokratie in solcher wichtigen Angelegenheiten bestehen. Der Streik, der ein politisches Ziel verfolgen sollte, wird ein Ereignis, das die Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Kampfe

erreicht worden wäre, wurde dem Arbeiterrat als fertige Tatsache vorgelegt, er mußte seine Zustimmung geben, oder er nun wollte oder nicht. Bei solchen lebenswichtigen Fragen, wo dieser Streik es für die Arbeiterschaft war, darf aber nicht die Willkür herrschen, da muß auf demokratischer Grundlage die Arbeiterschaft selbst entscheiden können, ob sie den Streik will. Um dies zu erreichen, ist vor allem notwendig, daß

Der Arbeiterrat anders zusammengesetzt wird,

daß er nicht weiter ein unabhängiges Kaffeebrühen bleibt, sondern daß möglichst eine spartakistische oder unabhängige Mehrheit mit spartakistischem Willen in dieser in wirtschaftlichen Fragen so wichtigen Körperchaft verbinde wird, daß anstelle des bisher im Arbeiterrat herrschenden Systems ein demokratisches System tritt, das jeder Strömung ihrem Kräfteverhältnis nach Rechnung trägt, und jede Meinung frei zum Ausdruck kommen läßt, und daß sich ferner auch den Zentralgewalten unterordnet, sich einordnet in den Rahmen des großen Ganzen und nicht bei jeder Gelegenheit hinausposaunt:

„Ich bin die vollziehende Gewalt“

die anordnende Gewalt, was die Regierung tut, was der Soldatenrat will, geht uns gar nichts an. In diesem Sinne wurde bisher im Arbeiterrat gehandelt, und das konnte ganz naturgemäß nicht zu erträglichen Zuständen führen. Nebenläufigkeiten, die roten Wimper für die Straßenbahn und anderes, wurden zu Staatsaktionen gemacht, um Kleinlichkeiten wurden alle Lebensfragen der Arbeiter entschieden nur das Parteinteresse.

Alle Wähler zum Arbeiterrat, Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte, leben vor der Frage: Wahlen wir mehrheitssozialistisch oder unabhängig, wählen wir Leute, die arbeiten und aufbauen wollen oder solche, die nur schimpfen und niederreißen.

Die Unabhängigen fordern: Alle Macht den A- und S-Mätern, Beseitigung der Demokratie,

die Diktatur einer Minderheit

und sie lassen sich von den Spartakisten, von denen sie sich nicht trennen können, mitziehen auf dem Wege ins Verderben, sie arbeiten mit an dem Ziel der Spartakisten:

Die Zerrückung aller Ordnung,

mit deren, das deutsche Volk zur Verzweiflung, zum völligen Zusammenbruch zu bringen.

Da können wir und da kann die arbeitende Bevölkerung Halles nicht mitgehen, wenn sie sich nicht das eigene Grab selbst mitgeben will. In ihrem ursprünglichen Interesse liegt darum die Parole:

Keine Stimme den unabhängigen Spartakisten,

alle Mann, Arbeiter, Angestellte und Beamte, angereizt mit dem Stimmzettel der Mehrheitssozialisten. Wir wollen weitgehende wirtschaftliche Befugnisse für die Betriebs- und Arbeiterräte, als politische Forderungen haben aber die noch dem freiesten und demokratischen Wahlrecht gegründeten Parlamente zu gelten. Keine Diktatur einer Minderheit, sondern Regierung des Volkes durch das Volk in allen, aber auch allen Angelegenheiten. Und das liegt im Interesse des gesamten arbeitenden Volkes, darum am Sonntag heran zur Arbeiterratswahl und jede Stimme

der Hilfe der Mehrheitssozialisten.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Amsterdam, 12. März. Nach einer ausführlicheren Heiter-Meldung aus Paris sagte Laussing in seiner Rede kurz telegraphischer Erklärung an die Presse u.a.: Wir müssen die Verhältnisse, die zur sozialen Unruhe führten, ändern und verbessern. Deutschland wieder zu einem normalen Leben zurückzubringen. Was Deutschland braucht, läßt sich in zwei Worten sagen: Frieden und Lebensmittel. Um Deutschland zu ermöglichen, der Anarchie und dem bühnigen Sozialismus des roten Terror Widerstand

zu leisten, muß man ihm Lebensmittel geben und ihn gefahren, diese Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wieder hergestellt werden. Das muß nicht aus Mitleid für das deutsche Volk geschehen, aber es muß unverzüglich getan werden, da wir, die Sieger in diesem Kriege, die Hauptlasttragenden sein würden, wenn dies nicht geschehe. Man kann so viel Schadenvergangen verlangen, wie man will, und darauf bestehen, so lange wie man will, wenn das deutsche Volk kein Material für seine Industrien und keine Gelegenheit erhält, die Erzeugnisse seiner Arbeit auf fremden Märkten abzusetzen, und wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben, dann kann Deutschland die von ihm begangenen Unbilden nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn der jetzige chaotische Zustand fortdauert, weder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden schließen kann, noch eine Regierung, die stark genug ist, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.

Die „Einigkeit“ der Unabhängigen.

Von ihrem Parteitag.

Die unabhängige Sozialdemokratie hat in den letzten Wochen in Berlin ihren dringend geforderten und wiederholt vertagten Parteitag abgehalten. Einen der Hauptpunkte dieses Parteitages bildete die Einigung des Proletariats. Mit großer Spannung lag deshalb auch die alte Sozialdemokratie dem Verlauf und dem Ergebnis dieses Parteitages entgegen. Die letzte Sitzung verlief sehr erregt und nur mit Mühe wurde ein Auseinanderfallen der Partei, die die Einigung des Proletariats vorantreibt, verhindert. Der Preis in der Vormittagssitzung offenbarten sich die großen Gegensätze in der Partei. In einer Stunde, wie sie bisher nicht zutage getreten waren. Nachdem Dämmig und Haase ihre Entschlüsse gefaßt hatten, erfolgte die Abstimmung über die programmatische Kundgebung der Partei. Haase hatte folgenden Antrag beantragt: Die Partei erhebt die Herrschaft des Proletariats als des Vertreters der großen Volksmehrheit. Das bedeutet die Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Demgegenüber stand ein anderer Zusatzantrag, der folgendermaßen lautete: Die Partei erhebt die Diktatur des Proletariats, als der Vertreters der großen Volksmehrheit als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Der Antrag Haase wurde gegen eine große Minderheit abgelehnt, der zweite Antrag angenommen. Das bedeutet einen Sieg der Linken am dem Parteitag. Dagegen wurde ein anderer Antrag, der das Parlament nur als Agitationsmittel im Kampfe der Arbeiterbewegung betrachtet wissen will, mit 68 gegen 67 Stimmen abgelehnt, und dadurch wieder ein Sieg der Rechten über die Linke herbeigeführt. (!) Die Partei bekennt sich also nach diesen Beschlüssen zum Rätesystem und damit zur Diktatur des Proletariats, wie ist aber auch (!) der Auffassung, daß trotz dieses Beschlusses in der jetzigen Situation den Parlamenten als Kampfmittel große Bedeutung zukommt. Die programmatische Kundgebung wurde schließlich gegen 8 Stimmen angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung bei den Wahlen zum Parteivorstand kam es zu so starken Auseinandersetzungen, daß die Gefahr einer Spaltung ausbrach. Wir haben darüber schon berichtet. Die Situation wurde so bewegt, daß der Parteitag vertagt werden mußte, um den Unabwägbarkeiten Gelegenheit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Nach Wiederöffnung der Sitzung erklärten Dammig, Herz-Altona, Ernst-Sagen, Karsten-Beine, Schwab-Dücht, Stemann-Janzant, Gerth-Grunt und Schmidt-Düffeldorf, daß ihre Stimmabgabe für Dämmig von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Wenn sie gewußt hätten, daß Dämmig gegen die programmatische Kundgebung gestimmt hätte und daß Haase ein Zusammenarbeiten mit Dämmig ablehnen würde, dann hätten sie nicht für ihn gestimmt. Dagegen erklärten Luch-Düffeldorf, Gottschalk-Hofberg, Adolf Hoffmann-Berlin, Mau-Dammig, es ist nicht Willkür Haases, mit Dämmig zusammenzuarbeiten. Der Parteitag habe durch die Wahl Dämmigs zum Vorstand bringen wollen, daß die Partei einen scharfen Ruck nach links machen wolle. Haase blieb aber bei seiner Ablehnung. Dämmig erklärte hierauf in einer langen persönlichen Bemerkung, daß er entgegen der programmatischen Kundgebung gestimmt habe, daß er aber ein Zusammenarbeiten mit Haase für möglich halte. Nachdem aber die Vertreter einer ganzen Reihe von großen Bezirken erklärt hätten, daß ihre

Stimmensgabe für ihn unter falschen Voraussetzungen erfolgt sei, zieht er seine Kandidatur zurück.

Und von dieser so zertretenen und politisch völlig erlöschten Partei soll der Arbeiterklasse die politische Erneuerung, die Einigung des Proletariats kommen? Nur Arbeiter, die Stroh im Kopf haben, können das glauben. Wer sich einigen Sinn für die Wirklichkeit bewahrt hat, muß sich von dieser „Partei“ ab- und der Partei zuwenden, die allein die Interessen des Proletariats vertritt, der Sozialdemokratische Oberstabschefmannschaft!

Beendigung des Streiks im Ruhrrevier.

Essen, 12. März. Die Belegschaften der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und der „Rechen-Neumühl“ und „Ceurl“ sind in der heutigen Frühstunde wieder vollständig angefahren, so daß die Streikbewegung im Ruhrreviergebiet vorläufig als beendet anzusehen ist.

Rundgebungen des Zentralrats.

An die preussische Nationalversammlung. — Ratungskongreß am 8. April.

Der Zentralrat richtete folgende Rundgebung an die preussische Landes-Nationalversammlung:

Der erste Ratungskongreß hat dem Zentralrat auch die Kontrolle der preussischen Regierung bis zur außerordentlichen Regelung durch die preussische Landes-Nationalversammlung übertragen. Die preussische Landesversammlung ist nunmehr zusammengetreten und es liegt ihr ob, die Regierung zu bestellen und Maßnahmen zu ihrer Kontrolle zu treffen. Daher legt der Zentralrat die ihm übertragene Gewalt in die Hände der preussischen Nationalversammlung und wird die hier in Betracht kommenden Beschlüsse nur noch so lange ausüben, bis die Nationalversammlung die anderweitige Regelung getroffen hat.

Seine Stellung als oberster Instanz der bestehenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bleibt davon unberührt; eine Entscheidung darüber kann nur der bevorstehende zweite Ratungskongreß fällen.

Der Zentralrat hat ferner folgende Bekanntmachung an alle Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands gerichtet:

Die schwierigsten Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in der ganzen Republik, die Streiks der letzten Zeit und die damit verbundenen politischen Schwierigkeiten machen es einem Teil der deutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte unmöglich, die für den Kongreß angeordneten Neuwahlen bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt durchzuführen. Der Zentralrat mußte die Berechtigung der aus den verschiedensten Gegenden der Republik eingegangenen Beschwerden in dieser Sache anerkennen und hat daher beschlossen, eine Verschiebung des Termins auf den 26. März einzubringen zweiten Ratungskongresses vorzunehmen.

Der Kongreß wird nunmehr am Dienstag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, in den Sitzungssaal des ehemaligen preussischen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Straße, berufen.

Die in den Richtlinien des Zentralrats vorgesehenen Wahltermine erfahren demgemäß die entsprechende Verschiebung.

Der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen

hat durch die letzten Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums folgende Gestalt erhalten:

§ 1. Die verfassunggebende preussische Landesversammlung hat die künftige Verfassung der Republik Preußens als Statut der deutschen Republik festzustellen, sowie Gesetze, die keinen Aufschub dulden, zu erlassen.

§ 2. Auf die verfassunggebende Landesversammlung finden die Artikel 11, 22 Absatz 1, 23 und 26 bis 32 der bisherigen Verfassung des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.

§ 3. Der Präsident der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung beruft die Versammlung.

§ 4. Die Regierung ist eine kollegiale Behörde und besteht aus sämtlichen Staatsministern. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Die Regierung regelt die Verteilung der Geschäfte unter ihre Mitglieder selbständig.

§ 5. Jeder Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der verfassunggebenden Landesversammlung und ist für seine Amtsführung verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des staatsministeriellen gegenüber der Volksvertretung im Reich wird dadurch nicht berührt.

§ 6. Die vollziehende Gewalt steht der Regierung zu. Die Regierung ist verpflichtet, die von der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung und die gemäß § 1 antworgekommenen Gesetze in der Gesetzesammlung zu veröffentlichen.

§ 7. Die Staatsminister und ihre Beauftragten haben das Recht, den Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung beizuwohnen und jederzeit gehört zu werden.

Die Staatsminister sind verpflichtet, auf Verlangen der verfassunggebenden Landesversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen oder den Grund anzugeben, warum eine Auskunft nicht erteilt werden kann.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

Aufhebung der Blockade im April?

Haag, 11. März. Aus London wird gemeldet: Nach der „Morning Post“ rechnet der Londoner Botschafter nach Informationen bei der Regierung mit der Aufhebung der Blockade für den Monat April.

Deutsche Unterhändler in Brüssel.

Berlin, 13. März. Die drei Kommissionen für Lebensmittel, Schiffsahrt- und Finanzfragen sind am 12. März, abends 8 Uhr in Brüssel eingetroffen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von etwa zehn belgischen Militärautomobilen abgeholt mit belgischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft im Bahnhof erfolgte in Gegenwart eines zahlreichen Publikums unter lauteleiender Heile. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel Astoria sehr gut untergebracht. Freilicht des Telegraphierens, offen und Offizier, des Telefonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht noch von 11 bis 1 Uhr eine interne eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt unter Vorsitz von Unterstaatssekretär von Braun.

Auf zur Arbeiterratswahl!

Sonntag, den 16. März findet die

Neuwahl des Arbeiter-Rats

statt. Da gilt es für die gesamte werktätige Bevölkerung der Stadt Halle, zu zeigen, ob sie die Gewalt herrschaft, die der bisherige hiesige Arbeiterrat ausgeübt hat, billigt.

Da kann es für jeden, dem die wahre Demokratie kein bloßes Aushängeschild ist, nur ein entscheidendes

Nein

geben. In welchem Sinne der bisherige Arbeiter-Rat tätig war, zeigen drastisch seine beiden führenden Männer Albrecht und Kitzin.

Herr Albrecht erklärte in einer Versammlung im Volkspark: „Die Beltschewiken sind unsere Freunde“ und Herr Kitzin erklärte in einer Vereinsversammlung der Unabhängigen: „Man dürfe vor allem keinen Trennungsdiskurs nach links ziehen. Die Lage könne sich so gestalten, daß man noch ganz andere Mittel als den Generalstreik anwenden müsse.“

Damit haben die beiden Hauptführer des alten Arbeiter-Rats ihren Standpunkt demütig offenbart. Wer kann von solchen Männern ein gedeihliches Wirken im Interesse der werktätigen Bevölkerung erwarten?

Nur Männer, denen

gleiches Recht für alle

keine leere Redensart ist, bieten Sicherheit für eine nützliche Tätigkeit des zukünftigen Arbeiter-Rats. Ob in der Werkstatt, ob auf dem Bau, ob im Büro oder in der Schulstube.

Ihr alle, die Ihr nützliche Arbeit leistet, wählt am Sonntag die Liste der Mehrheitssozialisten, die

Liste Kleeis

Die deutschen Friedensdelegierten.

Nach Beschlüssen der Reichsregierung wird sich die Friedensdelegation wie folgt zusammensetzen: Graf v. Rodorf, Pankau, Dr. v. Dabow, Giesberts, der deutsche Gesandte in Wien, Dr. v. Wolff Müller, Warburg, Hamburg, Pro. Schäfers.

Die Delegation ist nicht nach Parteigegensätzen zusammengekehrt worden, auch haben die Parteien in dieser Hinsicht keinen Anspruch erhoben, sondern die Delegierten sind nach bestimmten Qualitäten ausgesucht worden. So ist zum Beispiel Giesberts wegen seiner stark politischen Interessen und Wolff Müller als Arbeitervertreter in die Delegation aufgenommen worden. Inbalden ergibt sich, daß doch die Parteien so ziemlich vertreten sind. Die Delegation wird mit einer bestimmten Marschroute zu den Friedensverhandlungen gehen; alle Entscheidungen von einem gewissen Ausmaß gehen der ihr zugewiesen wird, bedürfen der Bestätigung durch das Kabinett. Eine gewisse Bewegungsfreiheit wird die Delegation aber trotzdem haben.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

In der deutsch-oesterreichischen konstituierenden Nationalversammlung hat Staatssekretär für Äußeres Dr. Bauer eingehende Ausführungen über seine Besprechungen in Weimar und in Berlin und erklärte: Die Unterrednungen, die er mit dem reichsoesterreichischen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung sowie mit Parlamentariern aller Parteien hatte, bezeugten ihm in der Ueberzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei über den Anschluß mit Oesterreich völlig einig sei. (Beifall, Heile und Händelklatschen.) Wir können und sollen zum Reich nicht anders kommen als durch unseren eigenen freien und vom Reich völlig unbefruchteten Entschluß. Aber wenn wir diesen Entschluß fassen, wird wir der vollen Ueberzeugung, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Armen, willkommen heißen werden mit brüderlicher Genugung, und daß wir im Reich volles Verständnis finden für die geschäftliche Eigenart Deutschlands, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirt-

schaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können. (Beifall, Heile und Händelklatschen.) Die von uns der deutschen Reichsregierung gemachten Vorschläge über die Durchführung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Zusammenstoß wurden ohne jede Änderung angenommen.

Die Heimkehr der Deutschen Truppen aus der Türkei

Hamburg, 12. März. Die ersten deutschen Truppen aus der Türkei werden laut R. P. in dem Hamburger Hafen in etwa acht bis zehn Tagen erwartet. Der erste Dampfer ist jetzt von Malta abgegangen. Ein zweiter hat am 27. Februar Konstantinopel verlassen. Zusammen treffen in Hamburg 8 Dampfer mit annähernd 19 000 Offizieren und Mannschaften ein.

Die Todesopfer des Weltkrieges.

Haag, 12. März. Nach einem Bericht aus amerikanischer Generalstabes nach aus dem Kriegsdepartement belohnt sich die Zahl der Toten im Weltkrieg auf 735 400 Mann. Davon entfallen auf Deutschland 1 100 000, auf Frankreich 600, auf England 700 000, auf Italien 40 000 und auf die Sozialistischen Staaten 50 000 Mann.

Kurze Notizen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich heute konstituiert und zu ihren Vorsitzenden als Abgeordneten Grafenhausen und Herrmann gewählt. Das Fraktionssekretariat übernimmt der Abgeordnete Heller-Berlin.

Für den Posten des Vorsitzenden der Landesversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion den Überbürgermeister von Hannover, Keimert, in Vorschlag bringen.

Sozialdemokratische Mehrheit in Sachsen-Weimar.

Sozialdemokratische Partei . . . 70 000 Stimmen = 18 Sitze
Unabhäng. Sozialdemokratie . . . 18 083 „ = 4 „
Deutsche Volkspartei . . . 9 226 „ = 10 „
Deutscher Bauernpartei . . . 22 387 „ = 10 „
Demokratische Partei . . . 27 956 „ = 10 „
Christliche Volkspartei . . . 4 784 „

Bei den Wahlen zum Weimarer Landtag wurden gewählt: 3m Wahlkreis Waldeck 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 3 Demokraten, 3 Walddecker Volkspartei und ein Volksparteier; im Wahlkreis Weimart 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat.

Eröffnung der preussischen Nationalversammlung.

Berlin, 13. März. Ministerpräsident Sirke betritt die Rednertribüne und hält eine Ansprache, in der er unter anderem folgendes sagt: Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Tagung vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassen-Parlamentarismus ist das demokratische aller Wählerrecht getreten. Mit ihm ist der Klassenstaat und die Klassenherrschaft zum Verschwinden gekommen. Die Frage der Demokratie der Volkspartei, um des Wortes weitem Sinne, können nicht die gemaltete Aufgabe bevor, auf den Trümmern des alten Junker-Preußens das neue Volk-Preußen zu bauen. Mögen Sie, getragen vom Vertrauen des Volkes, unbeirrt durch verwerflichen Lärm der rechten Seite, die notwendigen Entscheidungen treffen. Die vorläufige Regierung unterwirft sich nach vier längeren Monaten der Amtsführung mit ruhigem Gemüthe dem Urteil des Volkes. Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichem Ehrgeiz haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt die alten Mitglieder Preußens mitverantwortet, die sich hartnäckig an längst überlebte, unhaltbare Verhältnisse klammerten. Den trübseligen Fäden der alten Weimarer entgilt das Staatsober. So nahmen wir die herrenlose Staatsgewalt an uns, um die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu verhindern.

Unter dem Druck des steigenden Leidens waren wir gezwungen, weite preussische Gebiete, darunter ferndes Reich, der Provinz Polen, den Polen preiszugeben. Und im Innern unterdrückten wir die Streikbewegungen fast ohne Ausbilden den Fortgang und Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. Eine gesamtstaatliche, eine verberberische Minderheit bedrohte die Sicherheit des Landes und einer Tages, der sich nicht durch an den Abgrund reißenden wirtschaftlichen Zusammenbruch gefährt. Rettungsmittel hätten wir in diesen Abgrund, wenn unser Volk sich nicht endlich auf seine Pflicht zur Arbeit bekennt. Und hat es denn vergessen, daß es bis zum Abbruch des Krieges das arbeitsfähige, das tüchtigste, das schaffungsfähigste der Welt gewesen ist? Die Frage der Revolutionen, die Revolutionen sind nicht die Pflichtgefühl hielt uns im Dienste des Volkes am Platze. In klarer Erkenntnis dessen, was wir dem Lande und dem Volk schuldig waren, lassen wir mit tiefem Selbstbewußtsein: Wir waren es, die in dieser unglücklichen, kampfabwärtigen Zeit, den vollen Zusammenbruch verhindern konnten. Mit Grundsatz begreifen wir die Verantwortung der deutschen Nation auf Sie, die freizügigste Vertretung des ganzen Volkes, übertragen. Ihre großen Aufgaben stehen Ihnen bevor. In der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungspolitik und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen.

Wir können keinen preussischen Partikularismus.

Preußen ist bereit, auszugehen im Reich, dem deutschen Einheitsstaat. Aber der densofar unangelegliche Weg zu diesem Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preußens in Lehnregnen und Lehnregnen. Diese Ansetzung, die die deutsche Nation auf Sie, die freizügigste Vertretung des ganzen Volkes, übertragen. Ihre großen Aufgaben stehen Ihnen bevor. In der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungspolitik und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen.

Wir können keinen preussischen Partikularismus. Preußen ist bereit, auszugehen im Reich, dem deutschen Einheitsstaat. Aber der densofar unangelegliche Weg zu diesem Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preußens in Lehnregnen und Lehnregnen. Diese Ansetzung, die die deutsche Nation auf Sie, die freizügigste Vertretung des ganzen Volkes, übertragen. Ihre großen Aufgaben stehen Ihnen bevor. In der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungspolitik und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen.

Wir können keinen preussischen Partikularismus. Preußen ist bereit, auszugehen im Reich, dem deutschen Einheitsstaat. Aber der densofar unangelegliche Weg zu diesem Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preußens in Lehnregnen und Lehnregnen. Diese Ansetzung, die die deutsche Nation auf Sie, die freizügigste Vertretung des ganzen Volkes, übertragen. Ihre großen Aufgaben stehen Ihnen bevor. In der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungspolitik und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen.

Wir können keinen preussischen Partikularismus. Preußen ist bereit, auszugehen im Reich, dem deutschen Einheitsstaat. Aber der densofar unangelegliche Weg zu diesem Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preußens in Lehnregnen und Lehnregnen. Diese Ansetzung, die die deutsche Nation auf Sie, die freizügigste Vertretung des ganzen Volkes, übertragen. Ihre großen Aufgaben stehen Ihnen bevor. In der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungspolitik und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen.

Die Berliner Vorgänge in der Nationalversammlung.

Annahme des Sozialversicherungsgesetzes.

Sitzung am 13. März.

Der Eintritt in die Tagesordnung führt Reichswehrminister Noke bezüglich der Berliner Vorgänge aus, daß, nachdem die Schlichtung mit allen ihren Schritten eine Woche lang geübt hat, der Auftrag zu einem wahren Kampfe um Wort und Willen geführt worden ist. In dem größten Teil auf das Schuldlossein einiger Mitglieder, zozun der „Roten Jahre“ und der „Reiße“ zu sehen. Man darf nicht die Organe der Bevölkerung Berlins in Betracht ziehen. Keiner zitiert aus der „Roten Jahre“ mehr als 3. März. Ausstellungen, in denen er selbst beschäftigt wird, die Volkstaktiken überhaupt in Deutschland geübt zu haben und worin die sozialistische Regierung zum Hauptgegner der deutschen Arbeiterklasse hingestellt wird.

Die hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion (mit großer Stimme und mehrheitlich mit der Faust auf den Tisch klopfend) alle diese Gemeinheiten und Schandigkeiten sich zu eigen machen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Die große Masse der Berliner Arbeiter hat selbstverständlich anfänglich Verständnis. Aber wie bei allen großen Massenbewegungen, so bleiben sie auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unverständliche Elemente an die Spitze der Bewegung und werden von Arbeiterschaft. Die sogenannten „Spitzen der Revolution“ haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt wurde und ehe ich nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Keiner hat jedoch eine Erklärung der Vorgänge in Berlin. Die Marinebrigade habe das abscheuliche Verbrechen begangen, indem sie salzsaure Bittern an die Zivilbevölkerung abgab.

Die Volkseinsichtliche, die so unentgeltliche Mühe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte hierfür die Männer, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen. (Brausendes Rufen wegen des Zwischenspiels: „Amolauer“, zur Ordnung gerufen.) Seit eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu sprechen. Die Besetzung der Bürgermeisterei von Schöneberg habe ich mich geirrt und mich um Zurückziehung der Truppen erücht, ich unmutig. Schwere Zeiten und in höchster Not habe ich mich am 9. März zur Abordnung des Generalstabs entschlossen, aber ich durfte die Abfertigung einzelner Soldaten nicht weiterdauern lassen. Wären die Matrosen, die das Reich nicht verlassen, wieder zur Heimat kommen, damit ein normaler Rechtszustand sich wieder einrichten kann. Was geschah, verantwortlich ist vor dem Staat, dem Lande und dem Volke. Ich gehe das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Rede.) Zwischenspieler bei den Unabhängigen.)

Es folgt der Bericht über die russischen Jahrlangung. In der Debatte wendet sich Abgeordneter U. S. gegen die eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetregierung darstellte. Finanzminister Götze: Der Ruß hat in Deutschland, und zwar aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Begründungen und Beschuldigungen wenden. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrag der Reichstagskommission angenommen. Es folgen die

namen, ebenso, unter Ablehnung aller Änderungsanträge, der Reiz des Gesetzes. Es folgt die

zweite Beratung des Sozialversicherungsgesetzes.

Es liegen verschiedene Änderungsanträge vor. Außerdem befragt die Kommission eine Entschuldig, wonach der Nationalversammlung mit möglicher Beilegung der Gegenstände über die Arbeiterräte vorgelegt werden soll.

Abg. Dr. U. S. (Dem.): Im Reichslorenzrat müssen alle Reichsstände berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das Ihrige zu tun.

Abg. Graf von Polakowsky (Dn.): Tausende von selbständigen Erfindern werden durch dieses Gesetz zu Agenten des Staates herabgedrückt.

Abg. Gente (U. S.): Das Gesetz enthält nur erbärmliche Entzuges von dem, was die Arbeiter geerdet haben. Wir lehnen es ab.

Abg. Hirsch (Soz.): Die Unabhängigen sind natürlich gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter berührt. Die Bergarbeiter wollen aber selbst, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Wir betrachten das Gesetz als eine Erlaubnis zum Abzug der Arbeiterschaft des Bergbaues. Die Interessen der Bergbauarbeiter sind Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt, so hätten sie sich nicht Spartaismus erpart. Die Bergarbeiter wollen Taten sehen. Dieses Gesetz ist ein Tat. Abg. Koenen (U. S.): Meine Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Besonderen. Arbeitsminister Bauer: Um kein Agitationsargument aus der Hand zu geben.

leben die Unabhängigen das Gesetz ab und leben in aller Weisheit.

Abg. Wolfmann (Dn.): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausübungsbedingungen einen Teil der schwereren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die erste Lesung angenommen. Der Antrag der Tagesordnung erhält das Wort.

Ministerpräsident Seemann: Frettschridten zufolge wird von transjordanischer Seite in den belebten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine

Vorlegung rheinischer Gebietsliste vom Reich.

Die Reichsregierung sieht darin einen durch keinen Vorwand zu behebenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich führenden deutschen Volkes. Die rheinische Bevölkerung ist nicht einverstanden mit den eigenmächtigen Beitreibungen einzelner interregionaler Parteien, in deutsch und nicht deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses des rheinischen Landes zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Beifall unter Beifall.) Eine Entschuldigung, die von allen Parteien angenommen wird. Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und erwidert die Regierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.

Präsident Hebrich schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung: Dienstag, 25. März, 3 Uhr.

Ich will mich kurz fassen und nur das Wichtigste rein sagen. Zweck der Studentenvereine ist nicht parteipolitischen Zielen, sondern der Aufgabe, zu beraten, wie auch wir Studenten nach den traurigen Verhältnissen der letzten Tage mitteilen könnten, die Ruhe und Ordnung in der Stadt sicher zu stellen, ohne unter Studium allzuleicht zu leiden.

Der Reichler meint dann: Die 300 Studenten, die sich bisher gemeldet haben, könnten 2 1/2 mit den Unabhängigen der übrigen — also ungefähr 3000 — würden im Bedarfsfall wie ein Mann bereitwillig kämpfen. Nehmen wir mal an, es können von dieser 3000 etwa 1000, das wären acht Kompanien — Kompanie zu 120 Mann gerechnet — also zwei Bataillone. Hier eine Frage an den Reichler: Wie hoch ist die Zahl der „Mittleren“? Zur Zeit sind 1000 in der Organisation von zwei Bataillonen ist zu übernehmen eine Woche nötig, ich nehme aber nicht an, daß die „Pädagogen“ solange warten werden. In „Organisation“ und „Sicherheit in der Stadt“ gemeldet, so werden wir je eher, desto lieber einer Substanz bereit sein zu nehmen.

Nach einer halben Stunde schließt der Reichler mit einer Parteipolitiker. Ich meine, ebenso wie die Sozialisten unter dem alten System in der Not ihre Willkür für das Vaterland erfüllt haben, so halten wir freiwillig — es sind nebenbei nicht nur Studenten — es jetzt für unsere verdammte Pflicht und Schandpflicht, die Regierung in diesen schweren Stunden zu unterstützen. Im übrigen bin ich mit der Regierung ausdrücklich verpflichtet.

Wären dem Reichler diese Zustände bekannt gewesen, so hätte er wohl von seinem Amt zurückgetreten, und es wären keine förmlichen Gegenstände herorgehört; in einer Zeit, wo alles, was sich für Ordnung einzeln zusammenhalten sollte.

Briefkasten der Redaktion.

G. P. Herten. Wir nehmen Ihr Schreiben gern an, in der Hoffnung, daß die Sachen nicht zu lang werden!

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung des Arbeiterrates hat der Magistrat die Leitung und Durchführung der Wahlen für den neu zu bildenden Arbeiterrat übernommen.

Die Wahlen werden am Sonntag, den 16. d. Mts., vorm. 4 bis nachm. 2 Uhr in den Wahlräumen stattfinden, in denen die Wahlberechtigten bei den Stadtverordneten-Neuwahlen wählen konnten.

Zu wählen sind 33 Mitglieder. Wahlberechtigt sind wahlbar sind alle Personen, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben und deren Wohnort im Wahlbezirk liegt, sofern das Jahreseinkommen 10 000 M. nicht übersteigt.

Als Wahlgewiss gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung über Beschäftigung und Lohn, bezw. Gehaltsbescheinigung hierzu werden im Bureau VIII, Gr. Berlin 11, vorm. 5 bis nachm. 6 Uhr unentgeltlich abgegeben. Arbeitslose Wahlberechtigte haben sich durch Vorlage der Arbeitslosenkarte ausweisen lassen.

Stimmliche Ausweise — auch die Arbeitslosenkarte — sind von den Wahlberechtigten bei der Wahl abzugeben. Die Wahlberechtigten können am Tage nach der Wahl im Bureau VIII, Gr. Berlin 11, während der Dienstzeit wieder in Empfang genommen werden.

Die Wahl findet nach den Grundrissen der Wahlkreiswahl mit Stimmzetteln in Form von Briefen, die bis zu 85 Namen enthalten können.

Die Stimmzettel (Briefen) sind nur der Abgabe zu fassen. Die Wahlberechtigten werden von 3 Mitgliedern begleitet, die unter die Aufsicht eines Beamten, der die Briefe führt und über die Beschlüsse der Wahlberechtigten mitteilt. Darüber und über die Beschlüsse der abgewählten einzelnen Stimmen (Briefen) ist ein Protokoll anzufertigen und von den Mitgliedern der Wahllokale zu unterzeichnen.

Das gesamte Material ist unverzüglich nach Feststellung des Wahlergebnisses an das vorgenannte Bureau VIII, das am Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet sein wird, abzugeben.

Salle, den 13. März 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

über die Reorganisation von Zulassungsbekanntmachungen für Kraftfahrzeuge. (M. 24.)

Auf Grund des Erlasses des Rates der Kraftfahrzeuge über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1304) und auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über den Erlaß von Erläuterungen über das Zulassung für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 27. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1339) wird erordnet, was folgt:

§ 1. Mit Ablauf des 15. April 1919 verlieren sämtliche Zulassungsbekanntmachungen und Kennzeichen, die auf Grund der Bekanntmachung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 (Reichsgesetzbl. S. 389) oder der Verordnung zur Änderung der benannten Bekanntmachung vom 23. Oktober 1911 (Reichsgesetzbl. S. 452) oder der Verordnung, betreffend Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen vom 15. Februar 1915 (Reichsgesetzbl. S. 113) noch gültig oder mitteilbaren Stellen erteilt worden sind, ihre Gültigkeit.

§ 2. Der Eigentümer eines gegenwärtig zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuges kann bei der höheren Verwaltungsbehörde unter Vorlegung der bisherigen Zulassungsbekanntmachung die Erteilung einer neuen Zulassungsbekanntmachung und eines neuen Kennzeichens beantragen. Wäre der Erneuerungsantrag nicht angenommen werden dem Antragsteller die bisherige Zulassungsbekanntmachung und das bisherige Kennzeichen beizubehalten, jedoch nicht über den 15. April 1919 hinaus.

§ 3. Sämtliche Zulassungsbekanntmachungen, die nicht bis zum 15. April 1919 Erneuerung gefunden haben, sind nicht den zuständigen Kennzeichen einzulösen. Die letzteren für neu erteilt werden, gleichgültig, ob sie dem der Bekanntmachung Zuwiderhandeln geboten oder nicht.

§ 4. Kraftfahrzeuge, die nach dem 15. April 1919 auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehren, ohne ordnungsmäßig zugelassen zu sein, können bei dem Vernehmen der höheren Verwaltungsbehörde bestraft werden, gleichgültig, ob sie dem der Bekanntmachung Zuwiderhandeln geboten oder nicht.

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Weimar, den 21. Februar 1919. Reichsminister für die wirtschaftliche Demobilisation. Koeth.

Bekanntmachung.

Die nächste Kreislotterie nimmt am Montag, den 17. ds. ihren Betrieb wieder auf. An diesem Tage beginnen auch wieder die Spielverlosungen. Der Verlosungstermin für die Kreislotterie beginnt am Sonntag, den 15. März, vorm. 11 Uhr, in den Ausgabestellen.

Salle, den 13. März 1919. Der Magistrat.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Lard erfolgt am Sonnabend, den 15. März, auf den Abchnitt 10 Uhr die eingelagerten Rindfleisch an dem Reichshaus, Reichshaus, Dresdenstr. 6. Auf jeden Abchnitt sind bis 15. März abzugeben.

Geschäftskarte. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf der Stadt überweilene Stoffe wie folgt geregelt: Der Verkauf wird am Sonntag, den 17. März, in den einjährigen bekannten Spielorten gestattet. Für jede Person eines Haushaltes kann es ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäftskarten deutlich festzulegen. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezug vom 15. Abchnitt 200. Auswärtigen am Erlaß werden die Abnehmer der Nummern der Lebensmittelkarte 12 001—20 000, sofern sie noch im Besitze des genannten Warenbezugskarten sind. — Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Leinwand, Kasse, Röhre usw. mitzubringen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abchnitt 200 der Warenbezugskarte 16 abzustreichen und zu benutzen, gebildet im Stadternährungsamt, Zimmer 11, abzugeben. Umhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Verletzung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der Abchnitt Karte verurteilt werden.

Städtischer Verkauf von Wein in der Laulandstraße am Sonnabend, den 15. März, Angehörigen zum Einkauf werden die Abnehmer der Lebensmittelkarte mit der Nummer 27 000 bis 27 200 vom 8—11 Uhr. Für die Person eines Haushaltes können es 110 Gramm zum Preise von 30 Pfennigen abgegeben werden. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Abgeschicktes Geld ist bereit zu halten. Papier oder Leinwand mitzubringen.

Diejenigen Inhaber von Kleinandereisenkarten, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch anzuweisen, bei den von ihnen gemählten Geschäftsinhabern in nächster Woche am Verkauf gelangenden Kaffeestück am Sonnabend, den 15. und am Sonntag, den 17. März, abzugeben. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs von Kaffeestücken.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist zum Stellen der Kaffeestücke am 15. 3. 1919 am 20. 3. 1919 abläuft. (Bezgl. Bekanntmachung vom 25. Februar.) Anträge können nur mündlich unter Vorlage des Lebensmittelkarten und einer Bescheinigung über das gewählte Material im Stadternährungsamt, Saal links 1. Truppe — Kaffeestückverkauf — gestellt werden.

Salle, den 14. März 1919. Der Magistrat.

lehre, Art, und sind

be-ffern, auf ion

verhäh tiefe-

AR de-strafr, chhaus tiz vom

henden

orps.

e.

gerfrt.

er cr. Uhr. 2436

chen, u. u. unter

in befferen

ndie, resp. 2436

ling

ieren etc. 2436

demerfer. 2436

Freikorps Halle, die Unversität und noch Etwas.

Zu diesem Artikel werden wir von einem Studenten und Angehörigen des Freikorps Halle am Aufnahme folgender Zeilen befehlen:

In Nr. 35 Ihres Blattes erschien ein von einem Studenten geschriebener Artikel „Freikorps Halle, die Unversität und noch Etwas.“ Der Inhalt des erwähnten Studentenerkenntnis ist demnach beizugehen, inwieweit aber beim Freikorps einzuweisen bin, fühle ich mich verpflichtet — denn es steht außer Zweifel, daß bei vielen Lesern der „Vollstimmigkeit“ den genannten Artikel der Eindruck erweckt ist, als handelte es sich bei Bildung des Freikorps Halle um Gründung einer organisierten Bewegung, inwieweit, als diese hier selbst eine solche daraus entstehen — im Namen meiner Kameraden folgendes zu entgegnen:

Aufruf

zur Bildung des

Wachregiments Halle a. S.

1. Das bisherige „Sicherheitsregiment“ in Halle a. S. ist aufgelöst. An seiner Stelle wird ein „Wachregiment Halle a. S.“ durch das Garnisonkommando aufgestellt.

2. **Aufgaben des Wachregiments:**

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Sicherung militärischer Anlagen, Schutz der öffentlichen Sicherheit, des Verkehrs und des privaten und staatlichen Eigentums.

3. Das Regiment gliedert sich in einen Stab und vier Abteilungen.

Die 1. Abteilung stellt das Feldartl.-Regt. 75 auf,

die 2. Abteilung und den Stab das Füsilier-Regt. 36,

die 3. Abteilung das Garnisonkommando (8. Division),

als 4. Abteilung wird die bisherige 5. Sicherheitskompagnie (Lebensmittelwachkompagnie) zunächst dem Wachregiment angegliedert.

4. Die Abteilungen setzen sich zusammen aus aktiven Offizieren und Unteroffizieren, sowie zuverlässigen gedienten Freiwilligen der beiden Regimenter und freiwillig sich meldenden, unbescholtenen Angehörigen der Stadt Halle a. S., die mindestens ein halbes Jahr im Felde waren.

5. Aktive Angehörige der beiden Regimenter melden sich zum Eintritt in die Wachabteilungen bei den in den Kasernen errichteten Geschäftszimmern der Wachabteilungen.

Alle Freiwilligen, die nicht den beiden Regimentern der Garnison Halle a. S. angehören und sich zum Eintritt in das Wachregiment melden, haben sich beim Garnisonkommando, „**Wettiner Hof**“, **Zimmer Nr. 9, von 9—12 Uhr vormittags und von 2—5 Uhr nachmittags** einzufinden, wo sie weitere Weisung erhalten.

6. Alle Angehörigen des aktiven Heeres sind vorläufig als zum Wachregiment abkommandiert zu betrachten. Alle dem Wachregiment Angehörigen — sowohl aktive, sowie die des Beurlaubtenstandes — ohne Rücksicht darauf, ob sie ihrem Dienstgrad entsprechend Verwendung finden, erhalten das Gehalt bzw. die ihrem Dienstgrad zustehende

Löhnung und ausserdem täglich 5.00 Mark Zulage.

7. Freiwillige, die über eine Uniform verfügen, haben diese mitzubringen. Sie wird vom Staate nach dem Abschätzungswert käuflich übernommen. Die weitere Ausrüstung und Bewaffnung, die Unterhunft und Verpflegung erfolgt durch das Garnisonkommando im Benehmen mit dem Füsilier-Regiment 36 und Feldartl.-Regiment 75.

8. Die Freiwilligen werden vom Tage des Dienstantritts zunächst auf vier Wochen verpflichtet, sodann steht 14tägiges Kündigungsrecht beiden Teilen zu.

Unbedingter Gehorsam wird zur Pflicht gemacht. Vergehen gegen die Disziplin sowie unmilitärisches Verhalten haben die sofortige Entlassung ohne Kündigung zur Folge. Auf Grund dringender häuslicher Verhältnisse kann eine Lösung des Dienstverhältnisses stattfinden.

Für die aktiven Offiziere und Unteroffiziere wird besonders darauf hingewiesen, dass aus diesem Wachregiment später die von der Regierung und Nationalversammlung in Aussicht genommene Reichswehr nach Auflösung des Heeres gebildet wird und die jetzt sich Meldenden in erster Linie Anrecht auf die Einstellung in die Reichswehr erhalten.

9. **Alle Angehörigen des Wachregiments werden auf folgende Formel durch Handschlag und Unterschrift verpflichtet:**

„Ich verpflichte mich, der Reichswehr nach bestem Wissen und Gewissen als Soldat zu dienen. Ich trete ein für die Durchführung der von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze“.

10. Die bisherigen Armbinden des Sicherheitsregiments werden als ungültig erklärt.

Das Wachregiment wird ein besonderes Abzeichen am Kragen erhalten.

Um vielseitigen Wünschen gerecht zu werden, wird die Bestimmung der Nr. 4 des Aufrufs zur Bildung des Wachregiments Halle a. S. bestr. Einstellung Freiwilliger der Stadt Halle dahin abgeändert, daß auch Freiwillige der näheren und weiteren Umgebung von Halle, die sich eines guten Leumunds erfreuen, in das Wachregiment aufgenommen werden können.

Freihr. von Massenbach, Generalmajor u. Garnisonältester.

Befehl!

Auf Grund des von mir erklärten Belagerungszustandes verordne ich:

Alle Schusswaffen und alle Munition aus Heeresbeständen (Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolvergeschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer), die im Besitze dazu unbefugter Personen sind, sind bis zum

15. März, 6 Uhr abends,

bei der Polizei abzugeben.

Schusswaffen aus Heeresbeständen sind auch die im Inland befindlichen, aus feindlichen Heeresbeständen stammenden Schusswaffen.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich ferner auf sonstige Faustfeuerwaffen moderner Konstruktion sowie dazu gehöriger Munition.

An diesen Waffen ist zwecks späterer Rückgabe der Name des Einliefernden sichtbar und dauerhaft anzubringen.

Der bisherige unbefugte Besitz bleibt straflos, wenn die Ablieferung bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgt.

Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition der im Absatz 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu Hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 3 Monaten. — § 3 der Verordnung über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, Reichsgesetzblatt Seite 31.

Dieser Befehl ergeht im Interesse der öffentlichen Sicherheit, und seine Uebertretung wird, sofern nicht die obenstehenden Strafen verwirkt sind, nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Halle a. S., den 13. März 1919.

gez. Maercker,

Generalmajor und Kommandeur des Freiwilligen Landesjäser-Korps.

Walhalla-
Operetten - Theater.
Amf. 4. Ende 1/9 Uhr.
Die Faschingstee.
Sonntag 3 Uhr:
Frau Holle.
Kl. Pr. Kinderhalbe Preise.
6 Uhr: Faschingstee.
Kasse 10-11 u. 4-6.

Stadt-Theater
Sonabend, d. 15. März 1919
Anfang 5 Uhr, Ende 8 Uhr:
Die Rose von Stambel.
Operette von Leo Fall.
Sonntag:
Carmen.

ZOO.
Sonntag, den 16. März 1919,
nachmittags 3 1/2 Uhr.
Konzert
von
Görlach-Orchester.
Leitung:
Musikdirektor H. Wetzel.
Eintrittspreise:
Erstreihe 50, Rinder 20 Pf.
Wiltür ohne Dienstnach
norm. 10 Pf., nachm. 20 Pf.

30 geb. Drehbänke
in verschiedenen Größen
verkauft 2385
Ernst Karlow
Jah. 14. Ebnat,
Germarstr. 2. Tel. 1281.

Verlangen
sie
Das gute
Schneffel-
Brot
Überall zu haben.



Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern
e. G. mit besch. Haftpl. zu Hohenmölsen.

Wegen der Berechnung und späteren Auszahlung des
Sterbegeldes

an die Familien der im Kriege gefallenen Mitglieder ist es
erforderlich, genau zu ermitteln, welche Mitglieder gefallen
oder vermisst sind. Soweit nun bisher eine Meldung an
uns noch nicht erfolgt ist, werden die Angehörigen ersucht,
dieses bis spätestens den

15. April 1919

im Vereinskonto oder in den Verkaufsstellen zu tun,
später eingehende Meldungen können dann nicht mehr
berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

Hallischer Hausfrauen-Bund.
Die Schullehre nehmen ihren Fortgang.
Neuanmeldungen: Gr. Steinstraße 16 I, von 10-12 und 4-6;
Reichsstraße 11, von 10-12.
Der Vorstand. 2437

Alte Sozialdemokratische Partei Halle.

Ebert-Scheidemann.

Wähler zum Arbeiter-Rat!

Sonabend, den 15. März, abends punkt 6,30 Uhr, im „Goldenen Hirsches“, Leipzigerstr.
Oeffentliche Wählerversammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Wahl des Arbeiterrats.
2. Freie Diskussion.

Referent: Genosse Drescher.

Alle Wähler zum Arbeiterrat sind freundlich eingeladen. Die Versammlung muß wegen der Feststellung des Wahlergebnisses am Mittwoch 20 Pf.



Irrigatore
Gummi-Spülapp.
Damenbinden.

Echtheit Bedarfsartikel zur
Wochenbett-, Kinder- und
Krankpflege.
— Versand nach auswärts. —

E. Kertzscher

Gummiwaren-Spezialhaus
amt. Leipzigerstr. 26
(Ecke Kottb.)
Gr. Ulrichstraße 63
gegenüber Arndt & Treibsch.

Dramaturg. Hilfsstelle
Halle a. S., Ulrichstr. 23, I.
Damen u. Vorfälle unbekannter
Natur prüft auf Wahrscheinl.
Verbreitung nach Adressen.
Emanuel vom Weber
Heldendammstr. a. D.

Einige
Rock und
Hosenschneider
für dauernd geübt.
Schwarz & Tillig,
Gr. Steinstraße 16.

Stadtbad.
Wiedereröffnung der
Brause- u. Wannensäler
nächsten Sonnabend, d. 15. cr.
Badezeit von vorm. 8^{1/2}, bis abends 6^{1/2} Uhr.
Der Magistrat. 2436

Zeitungs-
Trägerinnen
werden gesucht.
Verlag der Volksstimme.
Gr. Ulrichstraße 27.

Dienstmädchen,
kinderlieb, ehlich, fleißig u. sauber
blasse, möglichst von auswärts, i.
15. April oder früher für besseren
Dienst b. guter Bezahlung. gef.
C. Fischer, Dahn-Werkestr. 20.

Malerlehrling
Gesucht unter sehr günstigen Be-
dingungen. Ist ort od. später, ein
Wilhelm Wolf, Malermeister,
Bärenstraße 6. 2435

S. Weiss,

Leipzigerstr. 105 6
am Markt.

Die grosse Frühjahrs-Mode:
Der Sport-Paletot!